

Heinz-J. Bontrup

Wirtschaftsdemokratie als Antwort auf die Krise(n) in Europa?

Ergänzter Vortrag auf der Tagung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) in Zürich am 5. Juli 2013

Kapitalistische Widersprüche

Widersprüchlich und letztlich unversöhnlich stehen sich Kapital und Arbeit im Kapitalismus gegenüber. Ebenso findet die Umwelt im kapitalistischen System keinen hinreichenden Schutz. Die Shareholder wollen maximalen Profit aus der in Verbindung mit der Natur einzig mehrwertschaffenden Arbeitskraft herauspressen. Andererseits streben die abhängig Beschäftigten nach einem hohen Lohn bei geringer Arbeitszeit und besten sonstigen Arbeitsbedingungen. Beides geht aber nicht! Minimierte Arbeitskosten implizieren eben auch minimierte Arbeitseinkommen. Und der Stachel der Konkurrenz, der angeblich Alle mit Verlust oder sogar Untergang bedroht, der als ein gerechtes Entmachtungsinstrument die Marktakteure disziplinieren und gleichzeitig für optimale Wohlfahrts- und Verteilungsergebnisse sorgen soll, wirkt durch Kapitalkonzentrationen und missbräuchliche Anwendung von Marktmacht ständig gegen die Konkurrenz selbst und negiert das Soziale.

Die größte Ungerechtigkeit im Kapitalismus ist dabei die *Arbeitslosigkeit*. Menschen wird dadurch eine durch eigene Arbeit bestimmte Lebensgestaltung vorenthalten. Dies bedeutet für den Einzelnen einen „Gewaltakt, ein(en) Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität“ (Oskar Negt). Arbeitslosigkeit ist Missachten von Kenntnissen und Fähigkeiten, die der Mensch in Familie, Schule, Ausbildung oder an einer Hochschule über Jahre erworben hat. Bei längerer Arbeitslosigkeit droht das erworbene Arbeitsvermögen zu verkümmern, letztlich kann es sogar zu Persönlichkeitsstörungen und psychosomatischen Krankheiten kommen. Die *Lasten der Arbeitslosigkeit* treffen aber nicht nur den Einzelnen, sondern die gesamte Gesellschaft: Arbeitslosigkeit bedeutet, dass der Einsatz menschlicher Arbeit begrenzt und Teile eines möglichen gesellschaftlichen Reichtums vergeudet werden, da die Gesamtwirtschaft bei Arbeitslosigkeit unter ihren Möglichkeiten lebt. Hinzu kommt, dass Arbeitslosigkeit mit einer enormen Belastung der öffentlichen Haushalte einhergeht. Unter den Bedingungen der Massenerwerbslosigkeit leben die noch Beschäftigten mit der *ständigen Angst*, auch in die Erwerbslosigkeit abzurutschen. Diese Angst dominiert den Alltag und das Familienleben vieler lohnabhängig beschäftigter Menschen. In Deutschland leidet inzwischen jede/r Sechste unter Angst vor Arbeitsplatzverlust. Angst lähmt die Menschen, mindert ihre *Kreativität (Innovationskraft) und Lei-*

stungsfähigkeit und treibt sie zum Verzicht auf erworbene Rechte in der bloßen Hoffnung, so ihren Arbeitsplatz sichern zu können.

Die Kapitaleigentümer wollen aus systemimmanenten Gründen keine vollbeschäftigte Wirtschaft. Denn: Nichts macht den Arbeitslosen – aber genauso den noch Beschäftigten – so gefügig, wie bestehende oder auch nur befürchtete Arbeitslosigkeit. Sie ist der „Knüppel“ des Kapitals, der diszipliniert. Bei großer Unterbeschäftigung (Massenarbeitslosigkeit) brechen alle Dämme. Vollbeschäftigung macht dagegen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften stark, treibt die Löhne nach oben, die Arbeitszeiten nach unten und in Folge fallen die Wertschöpfungszuwächse nicht einseitig zu Gunsten des Profits aus. Zumindest kann man davon ausgehen, dass der verteilungsneutrale Spielraum, bestehend aus Produktivitäts- und Preissteigerungsrate, in den Tarifverhandlungen bei Vollbeschäftigung ausgeschöpft wird und prekäre Arbeitsverhältnisse an den Arbeitsmärkten keine Chance der Durchsetzung haben. Diskussionen über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würden sich genauso erübrigen, wie Diskussionen über Erhöhungen staatlicher Sozialeinkommen oder unterfinanzierter Sozialversicherungssysteme.

Und dennoch erhält der abhängig Beschäftigte im Kapitalismus – auch bei Vollbeschäftigung – nicht den vollen Wert seiner Arbeit, den Gebrauchswert, sondern, über die Arbeitsmärkte vermittelt, nur den Wert seiner Arbeitskraft als Tauschwert, als Lohn bzw. Arbeitsentgelt. Die Differenz zwischen Gebrauchs- und Tauschwert, den Mehrwert, erhalten die Kapitalisten als Besitzeinkommen in Form von Gewinn, Zins sowie Miete und Pacht. Der Jesuitenpater und Ökonom Oswald von Nell Breuning machte den Ausbeutungsprozess, von Niemanden besser kapitalismusimmanent und arbeitswerttheoretisch abgeleitet als von Karl Marx, noch einmal anhand der sektoralen gesamtwirtschaftlichen Produktion und Verteilung der Wertschöpfung deutlich, wenn er schreibt:

„In unserer Wirtschaft werden sowohl Konsumgüter als auch Kapital- oder Investitionsgüter produziert; die ersteren gehen, wie ihr Name besagt, in den Verbrauch, die letzteren dienen langfristiger Nutzung, für Wohnhäuser und dergleichen, oder dienen selbst wieder der Produktion, für Fabriken, Maschinen usw. An der Erzeugung beider Arten von Gütern wirken die Arbeitnehmer mit; für die Arbeitsleistung in diesen beiden Zweigen der Produktion zahlen die Unternehmer ihnen Arbeitslohn; dieser Arbeitslohn erscheint in der Erfolgsrechnung der Unternehmer als Kosten. Verwenden die Arbeitnehmer nun den ganzen Arbeitslohn zum Kauf der geschaffenen Verbrauchsgüter, so heißt das: die Unternehmer erhalten die ganze von ihnen als Kosten aufgewendete Lohnsumme zurück und geben dafür nur die produzierten Konsumgüter ab; die neugeschaffenen Kapital- oder Investitionsgüter verbleiben ihnen sozusagen gratis und franko. Man könnte das auch so ausdrücken: die Arbeitnehmer schenken den Unternehmern die Kapital- oder Investitionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozeß denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in

Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.¹

Ursache kapitalistischer Krise(n)

Der Kapitalismus ist immanent krisenhaft. Das einzelwirtschaftliche Streben nach einer maximalen Profitaneignung führt immer wieder zu einer Umverteilung der arbeitsteilig geschaffenen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen. In Folge fällt auf der einen Seite kaufkräftige Nachfrage aus, und auf der anderen Seite ist die immer mehr durchrationalisierte Produktion zu groß. Es kommt zu *Überproduktionskrisen*. Ota Šik, prominenter Vertreter für die Etablierung einer Wirtschaftsdemokratie, stellt diesbezüglich zu Recht fest: „Interessenbezogen und zukunftsblind durchgesetzte Verteilungsprozesse des Volkseinkommens führen zu makroökonomischen zyklischen Störungen in Form von Wirtschaftskrisen [...]“² Kapitalistische Krisen sind daher immer *Verteilungskrisen*. Aus einem nicht mindestens gleich verteilten Wertschöpfungszuwachs zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen folgen letztlich krisenverschärfende *Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse* in den einzelnen Volkswirtschaften, aber auch zwischen den Staaten. Die Summe allen Vermögens in einer Volkswirtschaft ist immer gleich groß der Summe aller Schulden. Wächst das Vermögen, wachsen die Schulden (Kredite) in exakt gleicher Höhe mit. Wird dabei die Umverteilung des Einkommens und des Vermögens zu Lasten des „Faktors“ Arbeit zu groß, dann gehen schließlich den kreditgebenden Gläubigern die guten Schuldner mit hoher Bonität aus. Die Vermögenden müssen somit auch auf den *Subprime-Kredit* bzw. auf nicht solvente Kreditnehmer zur erweiterten Kapitalverwertung und Kapitalakkumulation zurückgreifen. Dies ist natürlich keine Lösung, sondern im Gegenteil, über platzende Subprime-Kredite wird das ganze System krisenanfällig. Ist die platzende Kredit-Blase groß, droht womöglich sogar der totale Zusammenbruch des Systems, eine „kapitalistische Kernschmelze“.

Zur Krise in Europa

Diese „Kernschmelze“ wäre 2008 fast eingetreten. Durch das Platzen der kreditbasierten Immobilienblase in den USA, Auslöser war am 15. September der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers, drohte über eine bankenbezogene Kettenreaktion dem weltweiten kapitalistischen System der Gau. Die Insolvenz von Lehman löste geradezu Schockwellen im internationalen Finanzsystem aus. „Binnen Tagen und Wochen standen weltweit Dutzende weiterer internationaler Großbanken vor dem Aus. Alles schrie nach dem Staat und die Staaten spielten Feuerwehr. Dabei hatte das große Bankenretten schon im Jahr zuvor begonnen. Doch nun ging es erst richtig los, im ganz großen Stil. Was zunächst wie eine Serie von lokalen Insolvenzen britischer und amerikanischer Banken und

¹ von Nell Breuning, O., Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg i.Br. 1960, S. 140f.

² Šik, O., Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979, S.13f.

Finanzinvestoren ausgesehen hatte, verwandelte sich nach dem Lehman-Crash binnen Wochen in eine *Weltfinanzkrise*, eine globale Börsen-, Banken- und Kreditkrise, die die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen drohte.“³ Jedoch erinnerte sich die zuvor marktradikale und staatsdiskreditierende sowie zu den Besitzeinkommen umverteilende Politik, wenn auch nur widersträubend, an den britischen Ökonomen Sir John Maynard Keynes und legten über Nacht gigantische kreditfinanzierte Konjunkturprogramme auf. Gleichzeitig senkten weltweit die Notenbanken die Leitzinsen gegen Null. Dies hatte eine systemrettende Wirkung mit einer für Reiche wunderbaren zweifachen Nebenwirkung: Erstens verloren sie nicht über einen eigentlich notwendigen *Schuldenschnitt* ihr Vermögen und zweitens konnten sie ihr Vermögen den kreditnachfragenden Staaten – verzinst natürlich – weiter anbieten. So werden in der kapitalistischen Krise die Verluste sozialisiert und die Gewinne bleiben privat. Dies gilt auch für den Aufkauf notleidender Staatskredite durch die Notenbanken und die gigantischen Bankenrettungsmaßnahmen. Warum wettern dann aber die Neoliberalen unisono gegen diese in der Krise zum Systemerhalt richtigen staatlichen Interventionen? Ganz einfach: Sie befürchten zukünftig auf Grund der steigenden Staatsverschuldung höhere Gewinnsteuerzahlungen und bezüglich der Notenbankmaßnahmen inflationäre Effekte und damit reale Vermögensverluste.

So wundert es nicht, dass die weiter weltweit und in der EU machtvoll regierenden Neoliberalen zu *Schuldenbremsen* übergegangen sind und daraus keine Steuer- und Abgabenerhöhungen ableiten – allenfalls bei den indirekten Steuern und Lohnsteuern –, sondern staatliche *Austeritätsprogramme*. Damit wird aber Öl ins Feuer gegossen. Die Krise verschärft sich. Denn: Wird weniger ausgegeben bzw. werden die Staatsausgaben gesenkt und die Löhne noch mehr gekürzt, können Unternehmer auch weniger einnehmen bzw. Erträge verbuchen. Am Ende sinken auch ihre Gewinne. Dann senken sie ihre Kosten noch mehr. Sie entlassen ihre Beschäftigten. Der Staat muss dies mit sozialen Alimentierungen auffangen. Seine Ausgaben steigen dadurch krisenbedingt, obwohl der Staat wegen der Krise schon weniger Einnahmen verbuchen kann. Die Folge: Eine noch größere Staatsverschuldung. Und dann? Noch mehr Austeritätspolitik? Die Auswirkungen wären „desaströs“, stellt der US-amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, Paul Krugman, fest, „und genau so katastrophal, wie man es, gestützt auf die Lehrbuch-Makroökonomie, bereits vorher hätte wissen können. Die zu einer strikten Austeritätspolitik genötigten europäischen Länder haben sehr harte Abschwünge erlitten, wobei deren Wucht mehr oder weniger proportional zum Härtegrad der Austeritätsmaßnahmen ausfiel.“⁴

Einige mögen jetzt an einen „Fluchtweg“ ins Ausland über Exporte denken. Aber auch hierdurch läßt sich der antagonistische kapitalistische „Doppelcharakter des Lohns“ nicht aufheben. Zwar können Unternehmen kurz- bis mittelfristig die

³ Krätke, M. R. Boom – Blase – Crash, Fünf Jahre nach Lehman und vor Transatlantien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2013, S. 53.

⁴ Krugman, P., Austerität: der Einsturz eines Glaubensgebäudes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2013, S. 52.

durch eine profitorientierte Umverteilung verursachte binnenwirtschaftlich ausfallende Nachfrage durch Exporte, und damit Einkommen, aus dem Ausland kompensieren. Den Exportüberschüssen stehen dann aber *Leistungsbilanzdefizite* und damit eine immer größer werdende Verschuldung der Importländer gegenüber. Eine Lösung ist dies also auch nicht.

Ohne Systemänderung (Wirtschaftsdemokratie) geht es nicht

Für ein antagonistisches krisenhaftes System gibt es keine immanente Lösung. Selbst ein Links-Keynesianismus, der auf eine Umverteilung von oben nach unten setzt, reicht hier nicht. Widersprüche lassen sich nicht aufheben. Also muss es zu einer *Systemänderung* kommen. Diese verlangt nach einer durchgreifenden Aufhebung der Dichotomie im bestehenden gesellschaftlichen System einer parlamentarischen Demokratie, als staatlicher (politischer) Überbau, und einer Wirtschaft als Unterbau, die dem *Markt- und Profitprinzip* unterworfen ist. Hier sprechen Marktwirtschaftler zur ideologischen Rechtfertigung bereits, in Analogie zum politischen System der Demokratie, von einer „*Demokratie des Marktes*“, in welcher der Konsument mit seiner Kaufentscheidung, als ‚Stimmzettel‘ quasi, zur Steuerung der Produktion berufen ist.“⁵ Diese marktwirtschaftliche Fundamentalthese, von der „Herrschaft des Konsumenten“ über die Produzenten (Unternehmer), geht auf Adam Smith zurück. „Zweck und Ziel aller Produktion ist der Verbrauch“, so Smith, „und Interessen des Produzenten sollten nur soweit berücksichtigt werden, wie es zur Förderung der Interessen der Verbraucher nötig ist.“⁶

Wettbewerb reicht nicht

Diese marktwirtschaftliche Sicht ist naiv. Unternehmer wollen nicht Märkte bzw. Verbraucher optimal mit Leistungen, d.h., mit niedrigsten Preisen, maximalen Mengen zu bester Qualität versorgen, sondern sie wollen genau das Gegenteil: Höchste Preise zu geringen Mengen bei schlechter Produktqualität. Nur dies garantiert in Verbindung mit niedrigen Löhnen und einer hohen Arbeitsproduktivität eine maximale Profitrate. Aber zwingt die „Peitsche“ des *Wettbewerbs* den einzelnen Unternehmer letztlich nicht doch dazu, dem Verbraucher zu dienen? Nein, weil Unternehmer, egal wo auf der Welt, immer danach trachten, Wettbewerb durch Verhandlungs-, Behinderungs- und/oder horizontale, vertikale sowie diagonale Konzentrationsprozesse auszuschalten. Und wenn dies alles nicht geht, wird der Wettbewerb durch Kartellbildungen eliminiert. „Die ‚Neigung zum Monopol‘ entspringt dabei der Grundnatur des kapitalistischen Erwerbes selbst. Das Prinzip der Rendite vollendet sich im Monopolgewinn; so wie sich der andauernde Krieg der Konkurrenz in der Hoffnung eines jeden der Streitenden nach der

⁵ Steiner, H., *Der Kurzschluss der Marktwirtschaft. Instrumentalisierung und Emanzipation des Konsumenten*, Berlin 1999, S. 71.

⁶ Smith, A., *Der Wohlstand der Nationen*, München 1978, S. 558 (zuerst in London 1776 erschienen).

Überwältigung der anderen erfüllt. Dem Verhältnis der freien Konkurrenz wohnt damit von allem Anfang an die Tendenz seiner Selbstaufhebung inne.⁷ Wie sagte Karl Marx: „Ein Kapitalist schlägt viele andere tot“. Gefangen in diesem Prozess des zerstörerischen Wettbewerbs sind die abhängig Beschäftigten. Beutet ein Unternehmen ein anderes aus oder vernichtet es sogar, sind immer auch die Beschäftigten des geschädigten Unternehmens negativ betroffen, während die Beschäftigten des ausbeutenden Unternehmens womöglich profitieren.

Hier verlangt Wirtschaftsdemokratie auf der Mesoebene nach einer *strengen staatlichen Wettbewerbskontrolle*, die Verstöße gegen den Wettbewerb mit dem Strafgesetzbuch sanktioniert. Wettbewerb, wenn er denn funktioniert, kann sicher für Effizienz in der Produktion und neue innovative Produkte sorgen, er darf aber nicht zu gesellschaftlich suboptimalen Ergebnissen führen. Diese liegen immer dann vor, wenn sich einzelne Märkte so stark konzentrieren, dass oligopolistische oder gar monopolistische Macht- und Ausbeutungsstrukturen gegeben sind und es nicht in den unternehmerischen Kalkulationen zu einer vollständigen Internalisierung der Umwelt kommt bzw. dadurch eine optimale Allokation knapper Ressourcen verhindert wird. Verlangen Produktionsprozesse nach einer bestimmten Betriebsgröße, wie in der Automobil-, oder Stahlindustrie u.a., um economies of scale zu realisieren, so sind die hier anbietenden Großunternehmen einer staatlichen Kosten-, Gewinn- und Preiskontrolle zu unterwerfen. Kurzfristige Profitmaximierung ist auf allen Märkten auszuschließen und gleichzeitig ist die eigenkapitaldeterminierte Profitrate, es sei denn, ein Unternehmen erbringt wirklich außergewöhnliche Leistungen, auf maximal 10 Prozent zu beschränken. Außerdem müssen dem Markt- und Wettbewerbsprinzip von vorn herein die Bereitstellung von Gütern und Diensten der *Daseinsfürsorge* entzogen werden. Dazu gehören die Bereiche der Gesundheit, der Rente und die Versorgung mit Wasser, Energie und die Mobilität (Verkehrsträger). Dies kann durch *öffentliche Unternehmen* am besten umgesetzt werden, deren Zweck nicht eine Profiterzielung ist, sondern die auf die Befriedigung gesellschaftlich gewünschter Ziele ausgerichtet werden können. Kleine und mittelständische Unternehmen bis zu 500 Beschäftigten müssen ausdrücklich gegenüber Großunternehmen geschützt werden und das *Genossenschaftswesen*⁸ ist zu fördern und auszubauen. Tritt der *Staat am Markt als Nachfrager* für Güter und Dienste auf, so haben die Anbieter ab einem Preis von 100.000 Euro ihre Kalkulation offenzulegen. Auch hier kann maximal eine Profitrate von 10 Prozent auf das eingesetzte Eigenkapital zur Verrechnung kommen.

⁷ Hofmann, W., Monopol, Stagnation und Inflation. Mit einer Einführung von Herbert Schui, Heilbronn 1987, S. 47.

⁸ Vgl. Blome-Dress, J., Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value. Das genossenschaftliche Geschäftsmodell, in: WISO direkt, Analysen und Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 2012.

Arbeitsmärkte sind besondere, derivative Märkte

Die Neoliberalen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien wollen auch die Arbeitsmärkte dem Wettbewerb auf der Marktnebenenseite, also unter den abhängig Beschäftigten, aussetzen. *Arbeitsmärkte* sind aber als besondere und derivative Märkte vom Wettbewerb auszunehmen. Kommt es hier zu einer gesamtwirtschaftlich *konjunkturellen Arbeitslosigkeit*, dann hat der Staat durch ein antizyklisches deficit-spending und die Notenbank mit einer expansiven Geldpolitik und niedrigen Leitzinsen gegenzusteuern. Liegt dagegen eine *strukturelle Arbeitslosigkeit* vor, weil die trendmäßige Produktivitätsrate größer ausfällt als die reale Wachstumsrate der Wirtschaft, dann ist das rückläufige Arbeitsvolumen zur Stabilisierung der Beschäftigung durch eine *kollektive Arbeitszeitverkürzung* bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu stabilisieren. Erfolgt dies im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsrate, so ist dies lohnstückkosten-, inflations- sowie verteilungsneutral, was im Befund bedeutet, dass auch die Gewinne in Höhe der Produktivitätsrate steigen.⁹ Die Beschäftigten zahlen demnach ihre Arbeitszeitverkürzung zur Stabilisierung der Beschäftigung selbst. Zum Abbau einer bereits bestehenden Arbeitslosigkeit muss jedoch auch der Gewinn der Unternehmer mit in die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung einbezogen werden, weil hier die Produktivitätsraten der dann notwendig werdenden größeren Arbeitszeitverkürzungen zu gering ausfallen. Profiteur der Arbeitszeitverkürzung ist neben den Beschäftigten und den Arbeitslosen auch der Staat, der dann keine fiskalischen Kosten für die Arbeitslosigkeit mehr tragen muss und durch den Abbau von Staatsverschuldung einen größeren Handlungsspielraum gewinnt.

Das Aushandeln des Preises (Lohnes) am Arbeitsmarkt unterliegt den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Dabei ist uneingeschränkt bei den Lohnzuwächsen eine branchenbezogene *produktivitätsorientierte Lohnpolitik* umzusetzen. Hier gelten demnach die entsprechende durchschnittliche Branchenproduktivität und die jeweilige Preissteigerungsrate an den Absatzmärkten. Bei den Staatsbediensteten gilt dagegen die gesamtwirtschaftlich durchschnittliche Produktivitäts- und Inflationsrate. Notwendige Voraussetzung für eine solche ökonomisch rationale Lohnpolitik sind gleich *starke Verhandlungspartner*. Dies wird nur dadurch sichergestellt, dass alle abhängig Beschäftigten Mitglied einer Gewerkschaft sind und sich Unternehmer nicht durch eine Verbandsflucht aus dem Tariflohnsystem verabschieden können. Der Staat hat dies durch entsprechende Gesetze sicherzustellen. Damit die Beschäftigten aber auch über ihren Lohn noch am von ihnen geschaffenen Mehrwert (Gewinn) partizipieren können, muss es darüber hinaus zu einer *echten Gewinnbeteiligung* kommen, die in eine Eigen- und/oder Fremdkapitalbeteiligung umgewandelt werden kann.¹⁰

⁹ Vgl. Bontrup, H.-J., *Krisenkapitalismus und EU-Verfall*, Köln 2013, S. 61ff.

¹⁰ Vgl. Bontrup, H.-J., *Gewinn- und Kapitalbeteiligungen. Instrumente für eine gerechtere Verteilung der Wertschöpfung und gegen das Investitionsmonopol des Kapitals*, in: Lorenz, F./Schneider, G. (Hg.), *Raus aus der Krise! Mitbestimmung neu denken*, Hamburg 2009.

Mitbestimmung im Unternehmen

Ein wesentlicher weiterer Baustein von Wirtschaftsdemokratie auf der Mikroebene ist die *uneingeschränkte paritätische Mitbestimmung* in den Unternehmen. „Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grund nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist [...] nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte.“¹¹ Gerade Letzteres ist ökonomisch wichtig und immer wieder zu betonen: Das Kapital als vergegenständlichte Arbeit (= tote Arbeit) ist zu seiner Verwertung auf die *lebendige Arbeit* uneingeschränkt angewiesen. Im Produktionsprozess kommen, neben einem Naturgebrauch, immer zwei Inputfaktoren zum Einsatz: Arbeit (A) und Kapital (K). Mit nur einem Faktor ist kein Output (O) möglich. Hier gilt in der Produktionsfunktion $O = f(A, K)$ der folgende Zusammenhang:

$$(1) O = f(A, K)$$

$$(2) O = f(0, K) = 0$$

$$(3) O = f(A, 0) = 0$$

Arbeit und Kapital stehen demnach in der Produktion interdependent zueinander. Außerdem unterliegt die Produktionsfunktion zur Hebung von ständig zu erhöhenden *Arbeitsproduktivitäten* einem laufenden *Substitutionsprozess* von Arbeit durch Kapital, ohne das letztlich aber eine vollständige Substitution gelingt. Selbst eine Produktion durch Roboter wird immer eine menschliche Programmierung und Wartung benötigen. Dennoch schafft der Substitutionsprozess ein großes ökonomisches und soziales Problem: *Technologische Arbeitslosigkeit*. Und obwohl im kapitalistischen Produktionsprozess Arbeit und Kapital aufeinander angewiesen sind, gilt auf Grund des *Eigentums an den Produktionsmitteln* und der ebenso verfassungsrechtlich abgesicherten *unternehmerischen Freiheit* einseitig ein „*Investitionsmonopol des Kapitals*“ (Erich Preiser). Das heißt, nur das Kapital entscheidet wie, wann und wo investiert wird. Hier liegt ein systemisch immanentes Paradoxon vor. Denn wenn mit einem Produktionsfaktor kein Output in der Produktion, keine Wertschöpfung, möglich ist, warum haben dann in den Unternehmen nur die *Kapitaleigner* über Arbeitsnachfrage, den Arbeitseinsatz, Entlassungen, Investitionen und die Gewinnverwendung zu bestimmen? Hierauf gibt es keine ökonomisch logische Antwort. Logisch wird es erst dann, wenn die

¹¹ Brenner, O., Aus einem Referat im Juni 1961, in: Brenner, O., Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a.M. 1972, S. 58.

Beschäftigten *paritätisch in den Unternehmen mitbestimmen dürfen*. Dies können sie aber bis heute nicht.¹² Im Gegenteil: das neoliberal forcierte *Shareholder-value-Prinzip*, bei dem die menschliche Arbeit bei der Verteilung der Wertschöpfung nur noch als *Restgröße* vorkommt, läßt überhaupt keine Mitbestimmung mehr zu. Hier hat sich alles dem Profitprinzip und seiner Maximierung zu unterwerfen.

Mitbestimmung ist aber auszubauen. In allen Großunternehmen ab 500 Beschäftigte ist, unabhängig von der Rechtsform, eine *paritätische Mitbestimmung* einzuführen, wobei bei Pattabstimmungen zwischen Kapital und Arbeit im Aufsichtsrat eine, von beiden Seiten zu berufene, neutrale Personal zum finalen Entscheider wird. In allen Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten ist die betriebliche Mitbestimmung ebenfalls um eine *wirtschaftliche Mitbestimmung* des Betriebsrates zu ergänzen. Außerdem ist für alle Unternehmen eine *demokratisch partizipative Unternehmenskultur* gesetzlich vorzuschreiben. Dazu gehören eine Kommunikationsdialektik in Verbindung mit einer holistischen Informationspolitik zur Gestaltung einer partizipativen Personalführung sowie eine ständige Weiterbildung und Personalentwicklung als auch ein mitarbeiterzentriertes Ideenmanagement.¹³

Dies alles wird aber ohne eine *verfassungsrechtliche Anpassung* und eine Veränderung im Gesellschaftsrecht nicht umsetzbar sein. So garantiert in Deutschland die *unternehmerische Freiheit* – abgeleitet aus der gesamtwirtschaftlichen „Harmonielehre“ von Adam Smith¹⁴ – im Art. 12 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Art. 14 GG (Eigentums- und Erbschaftsschutz) den Unternehmern (dem Kapital) die *freie Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel*. Sie können ihr in der Produktion eingesetztes Kapital einschränken, verlagern oder sogar desinvestieren. Wir haben uns dabei in fataler Weise daran gewöhnt, das Privateigentum bzw. die Eigentumsgarantie nicht differenziert bezogen auf *Produktions- und Konsum- bzw. Ver- und Gebrauchsgüter* zu betrachten. Alex Demirovic stellt dies richtig, wenn er schreibt: „Es stellt einen Unterschied dar, ob einer Person die Nutzungsrechte an einem Sofa oder seinen CDs rechtlich garantiert werden oder aber die Verfügung über Produktionsmittel, die andere Menschen benötigen, um sich selbst zu erhalten. Die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel erlaubt es, den Zugang zu ihnen zu beschränken oder sie in einer Weise einzusetzen, daß daraus Nachteile für große Gruppen der Bevölkerung entstehen. Dieser Aspekt nimmt an Bedeutung noch zu, wenn die Produktionsmittel nicht breit verteilt sind

¹² Vgl. Bontrup, H.-J., Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 5. Aufl., Köln 2013, S. 208ff.

¹³ Vgl. dazu ausführlich Bontrup, H.-J., Arbeit, Kapital und Staat, a.a.O., S. 233ff.

¹⁴ Dabei soll der *Unternehmer-Egoismus* in den *Dienst der Gesamtheit* gestellt werden. Dies beschrieb Adam Smith 1776 wie folgt: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen- sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil.“ Smith, A., Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1978, S. 17, in deutscher Übersetzung des 1776 in London erschienenen Buches: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“.

auf eine Vielzahl von Eigentümern – wie das der klassische Liberalismus vor Augen hatte –, sondern sich aufgrund der Akkumulationsdynamik konzentrieren. Die enorme Kapitalkonzentration und die damit einhergehende Stärkung der Wirtschaftsmacht, die im Anschluß an Hilferding als organisierter Kapitalismus bezeichnet wurde, waren ein entscheidendes Motiv für die Ausarbeitung des *Konzepts der Wirtschaftsdemokratie* in den 1920er Jahren durch Naphtali. Es entstehen materielle Reproduktionsbedingungen, unter denen wenige mächtige Akteure die Kontrolle über sehr viele Menschen erlangen. Dies ist der Fall, wenn in einzelnen und wie heute bei Global Players genannten weltweit operierenden Unternehmen tausende oder gar hunderttausende Menschen beschäftigt sind, wenn sie mit ihren Entscheidungen über die Produkte und Produktionsverfahren, die Arbeitsorganisation und die zukünftigen Investitionen, Forschungen und Entwicklungen über die Lebensformen und das Schicksal ganzer Gesellschaften und – wie im Fall der militärischen und ‚friedlichen‘ Nutzung der Atomenergie oder Gentechnologie – über das Leben im allgemeinen, menschlichen Leben im Besonderen entscheiden. Mit einer derart umfassenden Macht können Unternehmen Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen ausüben, sie können Gesetze, Steuererleichterungen und Subventionen erzwingen, sie können mit ihren Produkten die Bedürfnisse und Interessen der Konsumenten ebenso ignorieren wie sich über die langfristigen Entwicklungsperspektiven der Menschen und der Gesellschaften hinwegsetzen.¹⁵

Markt und Plan

Abschließend ist im Sinne für eine Wirtschaftsdemokratie auch auf die *Makroökonomie* zu verweisen. Hier muss es zu einer Verbindung (Symbiose) von Markt und Plan kommen. Diese kann heute bei globalisierten Märkten und einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nur noch abgestimmt in der EU umgesetzt werden. Dies setzt die Einführung einer *Europäischen Wirtschaftsregierung* und im Gegensatz zum gegebenen „Vertrag über die Europäische Union“ und den „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“¹⁶ eine nicht-neoliberale *Europäische Wirtschaftsverfassung* voraus, die Kapital und Arbeit als gleichberechtigt wertet. Außerdem muss die gesamtwirtschaftlich notwendige *Fiskalpolitik* in Abstimmung mit der *Geldpolitik*, den konjunkturellen Erfordernissen entsprechend, koordiniert werden. Die Geldpolitik untersteht dabei der autonomen *Europäischen Zentralbank (EZB)*. Hier hat die EZB aber nicht nur die Verantwortung für Preisstabilität, sondern auch für Wachstum und Beschäftigung zu übernehmen. Dabei hat die EZB ihre Geldpolitik auch gegenüber dem Europäischen Parlament zu rechtfertigen. Die Bestellung der Mitglieder im Zentralbankrat obliegt ausschließlich dem Parlament.

¹⁵ Demirovic, A., *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven*, Münster 2007, S. 16.

¹⁶ Zur Kritik an den Verträgen vergleiche ausführlich: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, *Memorandum 2008: Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht. Alternativen zur Bedienung der Obersicht*, Köln 2008, S. 181ff.

Die vorliegende *Legitimationskrise der EU* kann nur dann überwunden werden, wenn das grundlegende Demokratiedefizit innerhalb der EU und die aktuellen Tendenzen zu einer autoritären und anti-demokratischen wirtschaftlichen Interventionspolitik überwunden werden. Das Europäische Parlament muss dazu über einen ausreichenden *eigenen Haushalt* verfügen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik fordert hier seit Jahren, das EU-Budget bis 2020 schrittweise von derzeit ca. einem Prozent auf fünf Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes anzuheben.

Gegen all diese Vorschläge wird dagegen weiter eine verhängnisvoll, dem Kapital einseitig zugewandte neoliberale Wirtschaftspolitik in ganz Europa betrieben, die auf eine noch verschärfte kontraproduktive *Austeritätspolitik* in Verbindung mit einem *Europäischen Fiskalpakt* setzt. Beides ist dringend abzuschaffen und durch eine *offensive europäische Wachstumspolitik* in den Bereichen Energie, Bildung, Verkehr, Infrastruktur und soziale Daseinsfürsorge zu ersetzen. Dazu gehört auch eine europäisch abgestimmte *Kohäsions- und regionale (innovationsorientierte) Strukturpolitik*. Die Finanzierung hat durch *Steuererhöhungen* stattzufinden. Dies gilt für die Einkommensteuer genauso wie für die Vermögens- und Erbschaftsteuer. Außerdem ist endlich eine Finanztransaktionssteuer zu erheben, die Banken sind auf ihre Kernfunktionen zu beschneiden, Kapitalmärkte staatlich durch strikte Kapitalverkehrskontrollen zu überwachen und Steueroasen für Steuerkriminelle endlich zu schließen.

Juli 2013